

Sächsische Elbzeitung.

Amts- und Anzeigebblatt

für das Königl. Gerichtsamt und den Stadtrath zu Schandau und den Stadtgemeinderath zu Hohnstein.

Die „Sächsische Elbzeitung“ erscheint Mittwoch und Sonnabend und ist durch alle Postanstalten, sowie durch die Expedition dieses Blattes für 10 Ngr. vierteljährlich zu beziehen. — Inserate für das Mittwochblatt werden bis Dienstag früh 9 Uhr, für das Sonnabendblatt spätestens bis Freitag früh 9 Uhr erbeten. — Preis für die einmal gespaltene Corpuzelle oder deren Raum 1 Ngr. — Auswärts werden Inserate für die Elbzeitung angenommen in Hohnstein bei Herrn Pesse, in Dresden und Leipzig in den Annoncen-Bureaux der Herren B. Saalbach, Rud. Rosse und Haafenstein & Bogler.

N^o. 94.

Schandau, Mittwoch, den 25. November

1874.

Politische Weltschau.

○ Schon vor acht Tagen bemerkten wir, daß wenig Hoffnung zu einer Einigung über den Bankgesetzentwurf vorhanden sei. Die dreitägige erste Verathung des Reichstages in vergangener Woche bestätigte unsere Ansicht vollkommen. Denn was ist mit ihr erreicht? Die hinreichend bekannte Vorlage des Bundesrathes enthält nichts über die Schöpfung einer deutschen Reichsbank. Die Reichsregierung glaubte offenbar, die Regelung dieser Frage einer späteren Zeit überlassen zu müssen, da die privatrechtliche Auseinandersetzung mit dem preussischen Staate als Hauptbesitzer der preussischen Bank vielerlei Schwierigkeiten darzubieten scheint. Aus der dreitägigen Debatte des Reichstages geht aber unzweifelhaft hervor, daß die Majorität des Hauses für die Errichtung einer Central- resp. Reichsbank ist. Aus dieser Erkenntniß entsprang der Antrag Voskers, der zur Vorberathung niedergelegten Commission als Directive vorzuschreiben, daß die Bestimmungen über eine zu errichtende Centralbank in das Gesetz aufgenommen und damit verflochten werden müssen. Dieser Vosker'sche Antrag, von 106 Mitgliedern des Reichstages unterschrieben, entsprach vollständig der Gesinnung des Hauses. Trotzdem wurde er aus formellen Gründen verworfen, da es unzulässig sei, in erster Verathung irgend etwas anderes als die geschäftliche Behandlung eines Gegenstandes festzustellen. Damit lehnte das Haus thatsächlich die Mitgabe des Antrags an die Commission ab. Letztere sieht sich nun frei von jeder Fessel einer Rücksicht auf die Wünsche der Majorität und steht lediglich der Regierungsvorlage gegenüber. Ob sie in ihrer Prüfung glauben wird, so weit gehen zu dürfen, daß sie die Grundlagen des Gesetzentwurfes vollständig auf den Kopf stellt, ist um so weniger anzunehmen, als die Reichsregierung durch keinen parlamentarischen Akt des Hauses veranlaßt worden ist, sich vor Schluß der Generaldebatte positiv zu äußern. Da wir aber ebensowenig glauben, der Reichstag werde sich mit einer bloßen Amendirung des Entwurfs begnügen und denselben auch ohne die Reichsbank annehmen, so steht ziemlich sicher zu erwarten, daß die ganze Bankgesetzgebung auf dem diesmaligen Reichstage nicht zu Stande kommen wird. Möglich, daß wir uns täuschen; vorläufig aber scheint uns die Sache so verfahren zu sein, daß es einen anderen Ausweg kaum geben dürfte — es sei denn, daß die Regierung der Commission gegenüber auf die Reichsbank einging. Selbst in diesem Falle müßten dem Zustandekommen des Gesetzes immer noch Verhandlungen der preussischen Regierung mit dem preussischen Landtage vorausgehen, so daß der Reichstag frühestens in einer etwaigen Frühjahrssession die Sache erledigen könnte. — Am vorigen Sonnabend wurde, entsprechend früheren Beschlüssen, die von sozialdemokratischer Seite beantragte Freilassung des Abg. Most aus Gefängnißhaft gegen 3 Stimmen abgelehnt.

Dem Grafen Arnim ist nunmehr die Anklageschrift zugestellt worden. Sie basirt auf den Paragraphen 348 und 350 des Strafgesetzbuches. Ersterer Paragraph handelt von Beiseitejagung von Aktenstücken und setzt eine Minimalstrafe von einem Monat fest; letzterer betrifft die Unterschlagung von Sachen, die man in amtlicher Eigenschaft empfängt oder in Gewahrsam hat. Das Minimum der in diesem Paragraphen angedrohten Strafe beträgt drei Monate Gefängniß und ist mit eventuellem Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte verknüpft. Am 9. Dezember beginnen die öffentlichen Verhandlungen des Prozesses, die dann volle Klarheit über diese mysteriöse Sache verbreiten werden.

In Hesse-Darmstadt hat nun auch die erste Kammer die kirchenpolitischen Vorlagen angenommen, obgleich mitunter nur mit sehr schwacher Majorität.

Die etwaigen Differenzpunkte mit der zweiten Kammer sind nicht principieller Natur und gefährden keineswegs das Zustandekommen des Gesetzes.

Das österreichische Abgeordnetenhaus leidet an einem wahren Interpellationsfieber. Zwar läßt sich vom parlamentarischen Standpunkte aus wenig gegen die Ausnützung dieser Prerogative des Hauses einwenden, wohl aber fällt ins Gewicht, daß die Bedeutung solcher Schritte selbst darunter leiden muß, wenn sie gar zu alltäglich werden. Zwei Gebiete sind es neuerdings, über welche man im Wege der Interpellation einen Einblick in die Regierungsabsichten gewinnen will: das Gebiet der Eisenbahnen und jenes der konfessionellen Fragen. In ersterer Beziehung ist die Zahl der Interpellationen fast noch größer, als in letzterer, was allerdings zu Gunsten des Interesses an volkswirtschaftlichen Fragen, die dadurch geändert werden sollen, sprechen würde, wenn sich nur von allen Bahnenlinien, über deren Schicksal sich einzelne Abgeordneten so eindringlich beim Ministerium erkundigen, auch sofort der Beweis erbringen ließe, daß sie eine faktische Förderung der wirtschaftlichen Interessen repräsentiren. Inhaber trostloser Papiere, als Prag-Duxer, Mährisch-Schlesische, Lundenburg-Grüßbacher etc. haben sich wenig Gewinn von diesen Interpellationen zu versprechen, sofern das Abgeordnetenhaus sich nur auf diese leidige Initiative beschränkt. Weder die Course werden dadurch höher getrieben, noch erreicht man damit eine Verzinsung für das ausländische Kapital.

Das italienische Ministerium wird auf Grund der letzten Ballotagen im Parlament über eine Majorität von 40 bis 50 Stimmen verfügen. Die beiden ärglichsten Punkte für die Regierung bei der Betrachtung des Gesamtergebnisses der Wahlen sind die Doppelwahl Garibaldi's in Rom und der fast durchweg oppositionelle Character der Wahlen im Süden, der leider noch obendrein stark nach Kirchthum-Politik riecht. Die politisch gereifere Bevölkerung in Norditalien ist im Großen und Ganzen mit der Regierungspolitik einverstanden und will vor Allen, sei es selbst mit Opfern, die Finanzen und die Verwaltung des Staates in Ordnung gebracht wissen, während man im Süden von Opfern, ja von Steuern für den Staat überhaupt nichts wissen will, dagegen alles Mögliche und Unmögliche von ihm verlangt, ohne auch nur im Mindesten zu fragen, woher das Geld dazu kommen soll. „Der Süden Italiens,“ schreibt eine römische Correspondenz, „ist auf dem besten Wege, wenn er so fortfährt, in zehn Jahren ein zweites Spanien zu werden.“ Diese Prophezeiung verdient die eingehendste Beherzigung der italienischen Politiker.

Frankreich schweigt, wie gewöhnlich vor Schluß der Parlamentsferien, wieder in Minister- und Instans-Gerüchten, von denen nur so viel fest steht, daß Herzog von Broglie sich die unsäglichste Mühe giebt, wieder an's Ruder zu kommen und der Herzog Decazes in Gefahr schwebt, ein Opfer dieser Bestrebungen zu werden. Eine Besserung der auswärtigen Beziehungen würde damit keinesfalls erreicht, viel eher das Gegentheil. Die Fusion (Vereinigung) der beiden Centren der Nationalversammlung ist immer noch frommer Wunsch. In dieser Woche soll vom rechten Centrum ein Programm entworfen werden, welches als Brücke zur Verständigung mit dem linken Centrum zu dienen bestimmt ist. Im bonapartistischen Heerlager regt sich die Opposition gegen Rouher, doch sieht die Sache gefährlicher aus, wie sie ist, denn die Bonapartisten gehen bei den Wahlen ebenso fest zusammen, wie bei Unterstützung der Ultramontanen. Der Kreuzzug gegen liberale Katholiken in der Kirche wie in der Nationalversammlung ist jetzt das beliebteste Thema ultramontaner Blätter. Zum 22. d. M. hat Bischof Dupanloup Gebete für die Arbeiten der Nationalversammlung ausgeschrieben, indem er ver-

heißt: „Die vielen Gebete, besonders der Pilger, die zahlreicher als im Mittelalter sind, werden nicht ohne Eindruck auf Gott bleiben.“ — Die Antwort Frankreichs auf die spanische Denkschrift wird erst gegen Ende dieses Monats erwartet.

In Spanien geht es wieder höchst spanisch zu. Serrano ist ein zweiter Manteuffel, welcher bekanntlich das preussische Ulnüt mit der Phrase motivirte: „Der Starke weicht muthig zurück.“ Auch Serrano läßt seine siegreichen Truppen muthig zurückmarschiren, damit nur ja dem Karlismus kein baldiges Ende bereitet werde. Der derbe Schlag, welcher den Karlismus bei Irun traf, ist damit vollständig paralysirt, daß Serrano seinen siegreichen Truppen nicht nur die Verfolgung des Feindes verbot, sondern dieselben auch aus den eroberten Positionen zurückcommandirte, so daß dieselben von den Karlisten wieder ohne Schwertstreich besetzt sind. Wie ist dies möglich? Ein Correspondent der „Times“ meint, Serrano verzögere absichtlich die völlige Befreiung des Feindes, um an der Spitze der Regierung zu bleiben; denn mit dem Zusammentritt der Cortes werde seine Herrschaft ihr Ende erreicht haben. Dieser Verdacht, so schwer er auch ist, scheint nicht unbegründet zu sein.

Aus der Türkei wird gemeldet, daß 32 türkische Unterthanen, welche an der Ermordung der Montenegroiner in Padgorika theilhaftig waren, zu zwanzigjähriger Gefängnißstrafe verurtheilt wurden. Damit dürfte der für die Pforte sehr unangenehme Zwischenfall erledigt sein.

Die Gefahr eines Krieges zwischen China und Japan ist beseitigt und der Streit wegen Formosa's friedlich beigelegt.

Tagesgeschichte.

Sachsen. Schandau. Wir wollen nicht unterlassen, auf das heute Mittwoch Abend im Schützenhause stattfindende 1. Abonnement-Concert der hiesigen Curcapelle hierdurch nochmals aufmerksam zu machen und bemerken zugleich, daß Herr Director Schildbach mehrere auswärtige Kräfte zur Unterstützung seiner Capelle herangezogen hat. Alles Nähere erfieht man aus der im heutigen Blatte befindlichen Bekanntmachung.

Leipzig. Wie man dem „Leipz. T.“ schreibt, waren Eisenbahnräuber, welche am 20. d. M. mit dem Abentersonnenzuge der Magdeburger Bahn in Leipzig anlangten, Zeugen eines merkwürdigen Vorfalles, der sich unterwegs in der Nähe von Halle auf ihrem Zuge ereignete. Während nämlich der Zug im vollen Gange gewesen, war plötzlich ein Passagier, ein Saalechiffer, aus einem Wagen vierter Klasse herabgestürzt. Der Zugführer, Augenzeuge hiervon, hatte sofort das Haltesignal gegeben und den Zug anhalten lassen, um dem muthmaßlich schwer verunglückten Passagier beizustehen. Merkwürdiger Weise hatte man den Schiffer mit vollständig heiler Haut und ohne Schaden angetroffen. Er war alsbald wieder eingestiegen und ohne weiteren Unfall wohlbehalten am Ziel seiner Reise angelangt.

Welcher Verbreitung sich die Loose der sächs. Landeslotterie zu erfreuen haben, geht aus einer Notiz des „N. Tgl.“ hervor, wonach bei der letzten Lotterieziehung 4 Achtel des großen Looses nach New-York gelangt sind, während die anderen 4 Achtel nach dem Orient gewandert sein sollen.

In diesen Tagen wurde in Leipzig ein wegen verschiedener Diebstähle verhafteter und, weil er sehr gefährlich, gefesselter Mechanikergehilfe von der Polizei nach dem königl. Bezirksgericht transportirt. Am Obstmarkt gelang es dem Menschen, seine Hände los zu bekommen und zu entspringen. Er sollte nicht weit kommen, denn ein Sergeant warf sich ihm mit blan-